



CHRISTIAN RAU

Die verhandelte »Wende«.
Die Gewerkschaften, die Treuhand und der Beginn der
Berliner Republik
(Studien zur Geschichte der Treuhandanstalt, Bd.3)

Ch. Links Verlag | Berlin 2022
592 Seiten, Hardcover | 38,00 €
ISBN 978-3-96289-168-8

rezensiert von

JARY KOCH, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Wer den andauernden Aufstieg der AfD in Ostdeutschland verstehen möchte, müsse auch einen Blick in die Arbeitswelt werfen, resümierte zuletzt eine soziologische Forschungsgruppe des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts an der Universität Leipzig ihre Studienergebnisse. Die Soziolog:innen hatten den Zusammenhang von betrieblichen Mitbestimmungsmöglichkeiten einerseits und der Offenheit von Beschäftigten gegenüber rechten Ideologien und Ressentiments andererseits untersucht. Ihre Schlussfolgerung: Die »Demokratisierung der Wirtschaft« sei »unabdingbarer Baustein«, um der »Verbreitung rechtsextremer Einstellungen vorzubeugen.« Gleichzeitig mangle es insbesondere in vielen ostdeutschen Betrieben an derlei Erfahrungen der Handlungsfähigkeit.¹

Mit Christian Raus Studie über »Die verhandelte »Wende«. Die Gewerkschaften, die Treuhand und der Beginn der Berliner Republik« liegt seit 2022 eine zeithistorische Arbeit vor, auf deren Grundlage diese Problematik auch historisch erfasst werden kann. Raus Monografie entstammt den »Studien zur Geschichte der Treuhandanstalt«, dem bis dato größten Forschungsprojekt zur historischen Aufarbeitung dieser Behörde, das am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin angesiedelt ist.² Es wird mit Recht in den kommenden Jahren als Standardwerk zur Thematik gelten. Gleichwohl lädt der pointierte Titel zu Missverständnissen ein, wie ich im Anschluss an die Rekapitulation von Raus Erkenntnissen und Thesen argumentieren möchte.

Angelegt als Politik- und Kulturgeschichte, fragt Raus fast 600 Seiten starkes Werk nach der Rolle der Gewerkschaften in der Geschichte der Treuhandanstalt und andersherum. Dazu nimmt der

¹ Johannes Kiess/Alina Wesser-Saalfrank/Sophie Bose u.a., Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland. Erlebte Handlungsfähigkeit im Betrieb und (anti)demokratische Einstellungen, OBS-Arbeitspapier 64 (hrsg. Von der Otto-Brenner-Stiftung), Dezember 2023, hier S. 49, URL: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP64_IC_Ostdeutschland_WEB.pdf> [18.6.2024].

² Siehe URL: <<https://www.ifz-muenchen.de/publikationen/reihen/studien-zur-geschichte-der-treuhandanstalt>> [18.6.2024].

Autor die »Handlungsstrategien« der Gewerkschaften »gegenüber und in der Treuhand« sowie die »parallelen innerverbandlichen Aushandlungsprozesse« in den Blick, um anschließend die Bedeutung der kurzen Beziehungsgeschichte von Treuhand und Gewerkschaften für die »politische Kultur der Berliner Republik insgesamt« zu diskutieren (S. 30). Mit der Wiedervereinigung, so Raus zentrale These, habe der »Tripartismus« von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Staat als »eingesüßtes Muster der Kontingenzbewältigung« eine »unwahrscheinliche Renaissance« erlebt (S. 529). Die verbreitete Vorstellung einer Krise gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit in den 1990er-Jahren müsse daher differenziert werden, da die Gewerkschaften die Umbruchsjahre über ihre Minderheitenrolle im Verwaltungsrat der Treuhand hinaus mehr mitgestaltet hätten als bislang angenommen. Folglich spricht Rau von einer »verhandelten ›Wende««.

Diese Leitthese erläutert der Berliner Historiker in fünf Kapiteln, die von einer umfangreichen Einleitung und einer lesenswerten Bilanz gerahmt werden. Im ersten Kapitel widmet Rau sich der (Vor-)Geschichte des »Modells Deutschland«, was im Hinblick auf seine zentrale These nachvollziehbar erscheint, da die Revolution von 1989/90 auch »das feinjustierte Verhältnis von Arbeit und Kapital im Westen zur Disposition [stellte]« (S. 75). Entsprechend skizziert Rau überblicksartig die gewerkschaftlichen Diskussionen über Strukturpolitik und den Wandel der Industriegesellschaft in Westdeutschland in den 1970er- und 1980er-Jahren und stellt dazu fest, dass die Gewerkschaften zwar nicht geschwächt in die Jahre von Revolution und Transformation gingen, von jenen Umbrüchen aber kalt erwischt wurden und folglich »zunächst sprachlos« reagierten (S. 74).

Abseits des Höhenkamms der Gewerkschaftsvorstände wendet sich Rau im zweiten Kapitel dann den oftmals vernachlässigten betrieblichen Demokratisierungsprozessen von 1989/90 zu und ordnet sie, anknüpfend an eine Begriffsbildung von Annette Schuhmann, anschaulich in die Geschichte der »verbetrieblichten« Gesellschaft der DDR ein (S. 79).³ Im dritten und vierten Kapitel stellt Rau die Gewerkschaften als Partnerinnen der Treuhand vor, die mitbestimmen und mitgestalten. Beleuchtet werden die Strategien der vier Gewerkschaftsrepräsentanten im Verwaltungsrat sowie gewerkschaftliche Einflüsse auf die Sozialpolitik der Treuhand. So stellt Rau etwa dar, wie sich die IG Metall durch die Arbeit im Verwaltungsrat der pragmatischen Herangehensweise des Vorsitzenden der IG Chemie-Papier-Keramik Hermann Rappe annäherte. Auch am Beispiel der Sozialplandebatten der Jahre 1990 bis 1993 kann er die bislang wenig beachteten, aber gleichwohl intensiven, Kooperationen von Treuhand und Gewerkschaften illustrieren.

Im fünften Kapitel analysiert Rau die Aushandlung einer neuen Ordnung der Sozialpartnerschaft im Konflikt zwischen Treuhand, Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und Betriebsräten. Neben den ersten Tarifrunden beleuchtet er als besonderes Fallbeispiel den Aufstieg und Niedergang der ostdeutschen Betriebsräteinitiative und diskutiert entlang dieser Entwicklung das Verhältnis der westdeutschen Gewerkschaften zu den ostdeutschen Belegschaftsprotesten Anfang der 1990er-Jahre. In seiner Bilanz wagt sich Rau schließlich an die »langen Linien einer kurzen Beziehungsgeschichte« (S. 527), die bei ihm von den Spezifika der ostdeutschen Arbeits- und Gewerkschaftsgeschichte über die Agenda 2010 bis zum Erfolg der AfD führen. Wer eine pointierte und anregende Zusammenfassung der Studienergebnisse sucht, wird hier fündig.

Rau gelingt es, ein differenziertes und aufschlussreiches Bild der kurzen Beziehungsgeschichte von Treuhand und Gewerkschaften zu zeichnen, das in seiner Betonung historischer Kontingenz gängige Narrative herausfordert. Eine besondere Stärke der Studie stellt ihre breite Quellenbasis dar, die neben dem Treuhandbestand auch zahlreiche Akten der Landesregierungen und -verwaltungen Thüringens und Brandenburgs enthält. Der gewerkschaftlichen Repräsentation im Verwaltungsrat der Treuhand folgt Rau mithilfe von Quellenmaterial des DGB, der IG Metall, der

³ Vgl. *Annette Schuhmann*, Die Zukunft der Arbeit in der Übergangsgesellschaft. Überlegungen zur Produktion von (Zukunfts-)Erwartungen in der DDR, in: *Franziska Rehlinghaus/Ulf Teichmann* (Hrsg.): *Vergangene Zukünfte von Arbeit. Aussichten, Ängste und Aneignungen im 20. Jahrhundert*, Bonn 2019, S. 157-178

IG Chemie-Papier-Keramik sowie der DAG. Einem bisher wenig verwendeten Archivbestand der Robert-Havemann-Gesellschaft entnimmt er eindruckliche Erkenntnisse über die bereits erwähnte ostdeutsche Betriebsräteinitiative. Der Soziologe Martin Jander hatte diese seinerzeit wissenschaftlich begleitet und auch an ihren Sitzungen teilgenommen. Rau nutzt diese Aufzeichnungen, um die Dynamik der behandelten Ereignisse nicht nur aus der Perspektive von Gewerkschaftsvorständen, sondern auch ›von unten‹ zu beleuchten.

Gerade diese Perspektive ›von unten‹ gerät allerdings im Begriff der »verhandelten ›Wende« als titelgebender Kennzeichnung der Beziehungsgeschichte von Treuhand und Gewerkschaften etwas in den Hintergrund. So nachvollziehbar die Betonung der bislang selten diskutierten Verhandlungserfolge der Gewerkschaften ist, spricht der Begriff eben nur eine von mehreren gewerkschaftlichen Erfahrungsebenen an – nämlich die der Führungsverantwortlichen. Das lädt zu Missverständnissen ein, denn mit Blick auf die gewerkschaftliche Basis in den Betrieben erscheint das Bild der »verhandelten ›Wende« weniger angemessen. Zwar erlebten zahlreiche Beschäftigte tatsächlich einen demokratischen Aufbruch und organisierten umfangreiche Proteste, wie Rau selbst an anderer Stelle griffig analysiert hat.⁴ Vielerorts aber endeten dies auch deshalb in Enttäuschung und Resignation, weil alternative und stärker auf Mitbestimmung orientierte Konzepte zum wirtschaftlichen Umbau seitens der Bundesregierung und der Treuhand auf Ablehnung stießen. Inwieweit diese vor allem auf lokaler Ebene als Demokratiedefizit gedeutete Anlage der wirtschaftlichen Transformationsprozesse auch langfristig defizitär auf die demokratische Verfasstheit der ostdeutschen Arbeitswelt wirkte, müsste im Hinblick auf die eingangs zitierten soziologischen Befunde weiter untersucht werden. Im Begriff der »verhandelten ›Wende« jedenfalls gehen die vielfältigen gewerkschaftlichen Erfahrungen der Umbruchsjahre nicht vollends auf.

Dennoch sei das Buch nicht nur allen, die sich mit der Geschichte der ostdeutschen Transformation auseinandersetzen, nahegelegt. Indem Rau detailliert herausarbeitet, wann, worüber und auf welche Art und Weise die »Wende« auch ein Ergebnis von Verhandlungen zwischen Treuhand, Gewerkschaften und Politik war, gelingt es ihm auch das zeithistorische Verständnis der politischen Kultur in der Berliner Republik insgesamt zu schärfen.

Zitierempfehlung

Jary Koch, Rezension zu: Christian Rau, Die verhandelte »Wende«. Die Gewerkschaften, die Treuhand und der Beginn der Berliner Republik, Ch. Links Verlag, Berlin 2022, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82003.pdf>> [18.6.2024].

⁴ Christian Rau, Transformation von unten. Zur Gesellschaftsgeschichte der ostdeutschen Belegschaftsproteste 1989–1994, in: Dierk Hoffmann (Hrsg.): Die umkämpfte Einheit. Die Treuhandanstalt und die deutsche Gesellschaft, Berlin 2022, S. 117–182; vgl. allgemein Detlev Brunner/Michaela Kuhnhenne (Hrsg.), Proteste, Betriebe, Gewerkschaften. Beiträge zur ostdeutschen Transformation seit 1990, Berlin 2023.